

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 27. April 2017

Ergänzende Beschlüsse zum Wahlprogramm

Inhalt

Weltbeste Bildung für Jeden	5
Erforschung sinnvoller Einsatzmöglichkeiten digitaler Lerninhalte	5
Digitale Vernetzung der Schulen	5
Förderung von Interdisziplinarität.....	5
Verankerung von Selbstständigkeit und Unternehmertum in den Lehrplänen.....	5
Erhebung des Bildungsstands bei Flüchtlingen schon in der Erstaufnahme.....	6
Beratungsstellen zum Bildungssystem in Betreuungseinrichtungen für Flüchtlinge.....	6
Bundeszentrale für politische Bildung.....	6
Deutschland als starker Standort für Luft- und Raumfahrt.....	6
Vorankommen durch eigene Leistung	7
Mehr Forschung im Bereich der Mobilität	7
Smart Growth	7
Gleichberechtigung aller Verkehrsträger	7
Digitalisierungsoffensive und neue Mobilitätskonzepte.....	8
Einbürgerung nach vier Jahren ermöglichen.....	8
Corporate Social Responsibility	8
Duale Ausbildung als Baustein wirtschaftlichen Erfolgs.....	9
Bedeutung Mittelstand und Familienunternehmen	9
Zugang zu Rohstoffen sichern	9
Förderung Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmenserfolg und -kapital.....	9
Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	10
Forschung auf dem Gebiet der digitalen Gesundheitsdienstleistungen	10
Vorrang von Datenschutz in digitaler Verwaltung	10
Selbstbestimmung über Nutzung technischer Möglichkeiten	10
Bundesdatenschutzgesetz und EU-Datenschutzgrundverordnung abstimmen	10

Möglichkeiten des Internet der Dinge nutzen	11
Kein Unternehmensstrafrecht für Deutschland	11
Keine weitere Verschärfung des Waffenrechts.....	11
Abschaffung Blasphemieparagraph 166 StGB.....	11
Vorrang ambulanter vor stationärer Pflege	12
Moderne Reha.....	12
E-Zigarette: Potentiale nutzen, statt auszubremsen – liberaler Verbraucherschutz für mündige Bürger	12
Rechtssicherheit für Ärzte bei Sterbebegleitung	13
Vereinfachung der Adoptionsmöglichkeiten.....	13
Kein "Nudging" als Politik-Instrument.....	13
Für die Selbstbestimmung der Verbraucher	13
Besserer Zugang zu Kapital für Kreativ- und Kulturwirtschaft	14
Dauerhafter Erhalt berufsständischer Versorgungswerke.....	14
Senkung der Verwaltungskosten der gesetzlichen Rentenversicherung	14
Altersvorsorge für Selbstständige	14
Einheitliches Rentenrecht für ganz Deutschland	15
Ausgabe Versichertengelder für die medizinische Versorgung	15
Beseitigung ökonomischer Fehlanreize bei medizinischer Versorgung.....	15
Schnellere Verbreitung von Innovationen in Medizin.....	16
Weniger Regulierung der Selbstverwaltung und Organisation von Freiberufern	16
Ambulante Patientenversorgung wohnortnah, flächendeckend und hochwertig	16
Gemeinsames Sorgerecht unverheirateter Eltern als Regelfall	16
Besserer gesetzlicher Rahmen für Patchwork- und Regenbogenfamilien	17
Diversity Management	17
Reform des Systems der Betriebsräte.....	17
Ausbau Altersmedizin in Forschung und Lehre	18
Stärkung der Gesundheitsvorsorge nach wissenschaftlicher Evaluation.....	18
Weiterentwicklung Künstlersozialkasse	18
Schutz der Freiheit von Kulturbetrieben	18
Einsatz für künstlerischen Nachwuchs	19
Entgegenwirken der Zunahme multiresistenter Keime	19
Konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland und deren ausdrückliche Erwähnung im Bundesteilhabegesetz	19
Digitales anonymes Bargeld	20
Freiheit und Menschenrechte weltweit.....	20
Koordination der Energie-Außenpolitik und der Transportkapazitäten der EU-Mitglieder durch die EU-Kommission.....	20

Stärkung der Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen.....	20
Stärkere Förderung von Kooperationen mit der Privatwirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit.....	21
Gleichberechtigung von Frauen und Schutz von Kindern weltweit	21
Uneingeschränkte Umsetzung der Kopenhagener Beitrittskriterien als Voraussetzung für EU- Beitrittsperspektive	21
Stärkung der Menschenrechtsarbeit in Europa	21
Festhalten an Aussetzung der Wehrpflicht	22
Akzeptanz der Bundeswehr stärken.....	22
Beschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen für die Bundeswehr	22
Kein erweiterter Einsatz der Bundeswehr im Inland.....	22
Friedlicher Dialog und fairer Ausgleich als Leitlinien der deutschen Außenpolitik.....	23
Außenpolitische Asienstrategie mit Fokus auf Rechtsstaatlichkeit und Reformen	23
Politik, die rechnen kann	23
Stoppen der Pläne für die gemeinsame europäische Einlagensicherung	23
Konsequente Anwendung der "Bail-in"-Regeln beim europäischen Bankenabwicklungsmechanismus.....	24
Bankenaufsicht und Geldpolitik in Europa trennen	24
Für eine schuldenfreie EU – ohne eigene Steuern	24
Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern.....	24
Verankerung eines echten Konnexitätsprinzips im Grundgesetz	25
Neuregelung der Kapitaleinkünftebesteuerung.....	25
Zusammenschluss der gewerblichen Berufsgenossenschaften der gesetzlichen Unfallversicherung	25
Offene Leistungsmärkte statt planwirtschaftlicher Kapazitätsmärkte.....	26
Förderung der Digitalisierung im Strommarkt durch marktwirtschaftliche Prinzipien.....	26
Unternehmenssteuerreform für bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft.....	26
Förderung der Luftverkehrswirtschaft durch Weiterentwicklung des Luftverkehrskonzeptes des Bundes	27
Wettbewerbsfähige, eigenverantwortliche Finanzwirtschaft in Deutschland.....	27
Ausweitung des Investitionsabzugsbetrags nach § 7g des Einkommensteuergesetzes	27
Bessere Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittelständische Unternehmen durch mehr "Direktkreditangebote"	28
Förderung der Verbreitung digitaler Geschäftsmodelle in der gesamten Wirtschaft	28
Ein unkomplizierter Staat	28
Abschaffung der Sommerzeit	28
Bürokratieabbau in der Landwirtschaft	28
Reform des Planungsrechts.....	28

Einfachere Vermietung für private Vermieterinnen und Vermieter.....	29
Einheitliches Vergaberecht.....	29
Deutschland als Top-Standort für die Produktion von Computer- und Videospielen	29

Weltbeste Bildung für jeden

Erforschung sinnvoller Einsatzmöglichkeiten digitaler Lerninhalte

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Erforschung sinnvoller Einsatzmöglichkeiten von digitalen Lerninhalten ein. Um digitale Medien in den Schulen gewinnbringend einsetzen zu können, müssen wir erforschen, welche Inhalte sinnvoll digitalisiert werden können. Gleichzeitig müssen neue Formen der Qualitätssicherung geschaffen werden, wie etwa Zertifizierungen und zentrale Bildungsplattformen wie beispielsweise eine Bildungscloud, die einen Überblick über das Angebot gewähren. So kann Transparenz und fortlaufend beste Qualität sichergestellt werden, damit der Unterricht sinnvoll und zukunftsweisend gestaltet werden kann.

Digitale Vernetzung der Schulen

Wir Freie Demokraten setzen uns für die digitale Vernetzung der Schulen ein. Die digitale Vernetzung über die ganze Welt bietet die Möglichkeit, zeit- und ortsungebunden auf Wissen von Experten oder besonders gute Erklärungen von Pädagogen zurückzugreifen. Damit diese Möglichkeiten auch für den Unterricht ausgeschöpft werden können, fordern wir die Entwicklung von digitalen Lernnetzwerken in der Schule und zwischen den Schulen. So können Schülerinnen und Schüler zusammen mit den Lehrkräften Wissen austauschen, Inhalte können gesichtet und deren Qualität kontrolliert werden.

Förderung von Interdisziplinarität

Wir Freie Demokraten setzen uns für ein stärkeres Verständnis von technologischen Zusammenhängen und der Kooperation unterschiedlicher Disziplinen in der Forschung ein. Kreative Entwicklung und neue Ideen hat nur, wer den Blick über den Tellerrand wagt. Diese Notwendigkeit steigt im digitalen Zeitalter. Daher müssen wir schon von Kindesbeinen an ein Verständnis für technologische Zusammenhänge schaffen. Doch diese Verbundenheit darf nicht in der Schule enden: auch in Wissenschaft und Forschung wollen wir die eigenverantwortlichen Hochschulen ermutigen, fächerübergreifende Themenverbände zu stärken und setzen uns für eine Zusammenarbeit zwischen den Disziplinen ein.

Verankerung von Selbstständigkeit und Unternehmertum in den Lehrplänen

Wir Freie Demokraten wollen das Thema Selbstständigkeit und Unternehmertum in den Lehrplänen aller Schulformen verankern. Gründer und Gründerinnen gestalten mit ihren Ideen unsere Zukunft und sorgen für neue Arbeitsplätze. Damit dieses Erfolgsmodell weiterbestehen kann, müssen wir Hindernisse zur Selbstständigkeit abbauen und die Gründerkultur von klein auf zugänglich machen. Deshalb wollen wir schon unsere Kinder zum Beispiel mit Projekten und Planspielen in den Schulen an das Thema heranzuführen. Dazu sollen Schulen mit Unternehmen und Selbstständigen zusammenarbeiten. Bei Projekten wie „Unternehmer im Klassenzimmer“ oder „Schüler im Chefsessel“ können Schülerinnen und Schüler den Arbeitsalltag von Selbstständigen hautnah erleben, sodass Selbstständigkeit für alle eine Option werden kann.

Erhebung des Bildungsstands bei Flüchtlingen schon in der Erstaufnahme

Wir Freie Demokraten fordern eine Erhebung des Bildungsstands von Flüchtlingen schon in der Erstaufnahme. Sowohl für die Integration in die Gesellschaft als auch für berufliche Perspektiven ist Bildung eine Grundvoraussetzung. Damit keine Zeit verloren geht, muss bereits in den Erstaufnahmestellen der vorhandene Bildungsstand erhoben werden. Wenn Flüchtlinge bereits eine Ausbildung abgeschlossen haben, kann diese nach Prüfung der Gleichwertigkeit direkt anerkannt werden. Wenn nicht, können Informationen zu Ausbildungen und Qualifizierungsmöglichkeiten verteilt werden. So können wir Flüchtlingen schneller eine Perspektive geben und unsere Behörden mit realistischeren Daten der zu bewältigenden Aufgaben versorgen.

Beratungsstellen zum Bildungssystem in Betreuungseinrichtungen für Flüchtlinge

Wir Freie Demokraten fordern die Einrichtung von Beratungsstellen zum Bildungssystem in allen größeren Betreuungseinrichtungen für Flüchtlinge. Denn am leichtesten können Flüchtlinge an unserer Gesellschaft teilhaben, wenn sie Arbeit finden. Die besten Chancen dazu hat man mit einer guten Ausbildung. Ein Teil der Menschen, die zu uns kommen, haben schon eine Ausbildung oder sind ausbildungsfähig und -willig. Dieses Potenzial wollen wir nutzen; Beratungsstellen können dabei eine große Hilfe sein.

Bundeszentrale für politische Bildung

Wir Freie Demokraten wollen die Finanzierung der Bundeszentrale für politische Bildung ebenso sichern wie Programme des Bundes gegen Extremismus, Rassismus oder Homo- oder Transphobie. Auch in der beruflichen Bildung sind Demokratie und Diversity Management zu thematisieren. Denn beste Bildung umfasst neben der Wissens- und Methodenvermittlung auch Erziehung zu den Werten, die unsere Gesellschaft zusammenhalten: Freiheit, Demokratie und Mitmenschlichkeit, Toleranz gegenüber Minderheiten und Offenheit für die Vielfalt der Gesellschaft. Nur so kann in einer vielfältiger werdenden Gesellschaft Konflikten und Gewalt entgegengewirkt werden. Nur so schaffen wir ein Lern- und später Arbeitsumfeld, in dem jeder seine Talente frei entwickeln und sein Leben selbstbestimmt gestalten kann.

Deutschland als starker Standort für Luft- und Raumfahrt

Wir Freie Demokraten wollen einen starken Standort Deutschland für die Luft- und Raumfahrt. Denn wir nutzen täglich Medien, Informationen, Dienstleistungen und wissenschaftliche Erkenntnisse, die ohne diese Schlüsselindustrie nicht denkbar wären: beispielsweise, weil sie von Satelliten gewonnen und übertragen werden. Aber auch viele andere Entdeckungen, die unser Leben heute vielfach erleichtern, sind das Resultat der Grundlagenforschung in Luft- und Raumfahrt. Der Luft- und insbesondere der Raumfahrtindustrie kommt zudem bei der Gestaltung von Industrie 4.0 eine Schlüsselrolle zu. Denn Raumfahrt- und Satellitentechnologien ermöglichen maßgeblich die digitale Vernetzung. Gezielte Zukunftsinvestitionen in diesen Bereich sind daher eine nachhaltige Stärkung des Wirtschafts- und Hightech-Standorts Deutschland. Deshalb wollen wir das Luftfahrtforschungsprogramm fortführen und zusätzlich durch eine steuerliche Forschungsförderung mehr Anreize für Forschung und Entwicklung setzen. Zudem wollen wir die Schaffung eines europäischen Luftverkehrsraumes, unter anderem durch ein gemeinsames Flugverkehrsmanagement (Single

European Sky). Die Zusammenarbeit mit der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) in Köln, die maßgeblich zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit beiträgt, wollen wir verbessern, damit der Luftfahrtstandort Deutschland stärker von ihr profitiert. Das Gleiche gilt für die Zusammenarbeit mit der Deutschen Flugsicherung, dem Kontrollzentrum der Europäische Weltraumorganisation (ESA) sowie der Europäischen Organisation für die Nutzung meteorologischer Satelliten (EUMETSAT) in Darmstadt.

Vorankommen durch eigene Leistung

Mehr Forschung im Bereich der Mobilität

Wir Freie Demokraten streben eine verstärkte Forschung im Gebiet der Mobilität an. Neue Formen der Mobilität wie autonomes Fahren, E-Mobilität und die sinkende Ortsbindung von Arbeit und Freizeit bieten viele Chancen für den Einzelnen und die Gesellschaft. So wird es in Zukunft möglich sein, Fahrtzeiten effektiv zu nutzen. Eine Veränderung des Pendlerverhaltens könnte den Ansturm auf die großen Ballungsräume senken. Das könnte auch den Anstieg der Mietpreise dort bremsen. Zudem wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert, wenn Eltern die Zeit für den Transport des Nachwuchses, beispielsweise zum Kindergarten, der Schule oder Sportvereinen, auch anders nutzen können. Daher wollen wir die entsprechenden Technologien und die nötige Infrastruktur weiter erforschen um Deutschland fit für die mobile Zukunft zu machen.

Smart Growth

Wir Freie Demokraten setzen auf „intelligentes Wachstums“ (smart growth), weil Ökologie und Wachstum sich eben nicht ausschließen. Wir wollen Klima und Umwelt durch smart growth schützen – also durch neue Technologie und innovative Produktionsprozesse. Statt Verzicht zu predigen, wollen wir Produktivität erhöhen, damit wir bei weniger Ressourcenverbrauch den Wohlstand heben können. Auf diesen Weg können uns auch die Schwellenländer folgen.

Gleichberechtigung aller Verkehrsträger

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Gleichberechtigung aller Verkehrsträger ein. Denn für uns ist Mobilität Ausdruck der individuellen Freiheit jedes Menschen. Deshalb soll auch jeder frei entscheiden können, wie er von einem Ort zum anderen kommt: ob zu Fuß,

mit dem Fahrrad oder dem Auto, per Bus, per Bahn oder per Flugzeug – oder einer Kombination. Diese Wahlfreiheit wollen wir nicht durch einseitige Förderungen und Wettbewerbsbeschränkungen beschneiden. Stattdessen sehen wir in einer fairen und ideologiefreien Verteilung von Investitionsmitteln die Grundlage für ein zukunftssicheres Verkehrssystem. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern. Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen sowie die weitere Absenkung allgemeiner Höchstgeschwindigkeiten (wie beispielsweise innerorts flächendeckend auf 30 km/h) lehnen wir ab.

Digitalisierungsoffensive und neue Mobilitätskonzepte

Wir Freie Demokraten sehen in der Digitalisierung unermessliche Potentiale für den Verkehr. Autos, Lastwagen, Züge, Schiffe und Flugzeuge werden schrittweise autonom unterwegs sein, intelligent vernetzt und mit ressourcenschonenden Antrieben fahren. Komfortabel und sicher. Digitale Steuerung von Betrieb und Auslastung der Verkehrsnetze erhöht ihre Kapazität und Effizienz, Lagerhallen werden eines Tages überflüssig. Digitalisierung ermöglicht auch neuartige Konzepte der Shared Mobility: Fahrzeuge und Mobilitätsdienste unter vielen Nutzern zu teilen. Um fit zu sein für die digitale Verkehrswelt von morgen muss die Politik ihre Hausaufgaben machen. Wir wollen Breitbandübertragung und die Mobilfunktechnologie 5G ausbauen. Wir wollen digitale Teststrecken und den Rechtsrahmen für die sichere Nutzung automatisierter Systeme schaffen. Und wir wollen Freiräume für die unbürokratische Entwicklung innovativer Angebote wie z.B. digitaler Mobilitätsplattformen eröffnen, ohne Datenschutz und Privatsphäre zu gefährden.

Bei alledem muss der Staat neutral bleiben. Die Menschen sind verschieden und genauso verschieden sind ihre Mobilitätswünsche. Ideologisch motivierte Gleichmacherei und Gängelei sind letztlich nichts Anderes als Misstrauen gegen jede Form von Freiheit. Daraus resultiert auch der Eifer, Tempolimits zu bestimmen und Freiräume zu beschildern. Freie Demokraten lehnen das ab, wir wollen Entscheidungsfreiheit. Für viele, gerade auch für Frauen, ist Autofahren der Garant eines unabhängigen, freien und sicheren Lebensgefühls. Das respektieren wir. Andere schätzen die Vorteile von Bahn, Fernbus und ÖPNV. Hier geht es um kundengerechte und kostengünstige Angebote. Das erreichen wir durch auskömmliche, transparente Finanzierung und fairen Wettbewerb unter den Anbietern. Auch Flugreisen verteufeln wir nicht. Unsere Flughäfen brauchen sichere Rechtsgrundlagen für den Betrieb mit angemessener, aber nicht einseitiger Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes. Das Gleiche gilt für den Schiffsverkehr.

Einbürgerung nach vier Jahren ermöglichen

Wir Freie Demokraten fordern, dass ausländische Staatsangehörige schon nach vier statt bisher acht Jahren die Einbürgerung beantragen können. Natürlich müssen dabei anspruchsvolle Voraussetzungen erfüllt sein. Dazu zählen unter anderem ein unbefristetes Aufenthaltsrecht, gute Deutschkenntnisse, keine Abhängigkeit von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld, ein klares Bekenntnis zum Grundgesetz sowie fehlende Straffälligkeit. Wir finden, dass die Aussicht auf die deutsche Staatsbürgerschaft Anreize schafft, sich schnell in die Gesellschaft zu integrieren. Sie kann außerdem dazu beitragen, Deutschland als Einwanderungsland für qualifizierte Fachkräfte attraktiver zu machen. Sofern die Bedingungen für eine Einbürgerung erfüllt sind, sollte der Staat daher die Einbürgerung nicht verzögern.

Corporate Social Responsibility

Wir Freie Demokraten ermutigen Unternehmen, im Sinne einer wirksamen Corporate Social Responsibility (CSR) sich selbst einen Verhaltenskodex zu geben und zu veröffentlichen – auch wenn sie nicht von der EU-weiten CSR-Berichtspflicht für große Unternehmen betroffen sind. Denn die Beachtung von ethischen Standards, wie zum Beispiel dem Ausschluss von Kinderarbeit in der Produktionskette, sind für uns ein unverzichtbarer Beitrag zu verantwortlichem unternehmerischem Handeln.

Duale Ausbildung als Baustein wirtschaftlichen Erfolgs

Wir Freie Demokraten sehen die duale Ausbildung als Baustein des wirtschaftlichen Erfolges dieses Landes an. Hier gelingt es, jungen Menschen eine hochqualifizierte berufliche Perspektive auch mit praktischen Tätigkeiten zu geben. Wir werden uns daher auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass diese Form der Ausbildung weiterbesteht, durch Zusatzqualifikationen verbessert wird und dass der Wert der Meisterqualifikation weiter erhalten bleibt.

Bedeutung Mittelstand und Familienunternehmen

Wir Freie Demokraten haben das Leitbild für Deutschland als mittelständisch geprägte Wirtschaftsnation. Mittelständische Unternehmen, Handwerker und Freiberufler stellen die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung und verdienen unsere Unterstützung. Daher stehen wir für ein Umdenken. Die Flexibilität muss geschützt werden, weitere Verschärfungen der Mindestlohn-Bürokratie lehnen wir ab, die Vergaberichtlinien für öffentliche Aufträge müssen auch für kleinere Anbieter geöffnet werden und die Vorfälligkeit der Sozialversicherungen muss durch ein erleichtertes Beitragsverfahren revidiert werden. Wir denken aus Sicht der praktischen Dienstleistungen. Entbürokratisierung ist ein zentrales Element unserer Mittelstandspolitik.

Zugang zu Rohstoffen sichern

Wir Freie Demokraten wollen die Rohstoffversorgung des Standortes Deutschland sichern. Ein verlässlicher Zugang zu natürlichen Ressourcen ist die Voraussetzung für Wachstum und Arbeitsplätze. Der Zugang zu Rohstoffen ist nicht nur von technologischen Möglichkeiten abhängig, sondern auch von wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Wir wollen deshalb weitere internationale Rohstoffpartnerschaften abschließen und zugleich Handelshemmnisse abbauen. Mit Blick auf die wirtschaftliche Gewinnung heimischer Bodenschätze wollen wir unter Wahrung hoher Umwelt- und Naturschutzstandards die dafür notwendige langfristige Investitions- und Planungssicherheit schaffen. Denn die verwendungsnahe Gewinnung von Rohstoffen dient nicht zuletzt dem Klimaschutz. Dementsprechend möchten wir auch die probeweise Anwendung der „Fracking“-Technologie zur ergebnisoffenen, faktenbasierten Erforschung einer späteren Nutzung, insbesondere in Bezug auf „Clean-Fracking“, in Deutschland erlauben. Wichtige Beiträge zur Versorgungssicherheit können auch Innovationen zur Ressourceneffizienz und zur Nutzung nachwachsender Rohstoffe in der Bioökonomie leisten. Entsprechende Ansätze in Forschung und Entwicklung wollen wir daher gezielt voranbringen.

Förderung Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmenserfolg und -kapital

Wir Freie Demokraten wollen die Mitarbeiterbeteiligung am Unternehmenserfolg und -kapital vorantreiben. Denn wir sehen darin viele Vorteile: Wenn Beschäftigte etwa durch Gewinnbeteiligung oder Aktien am Wachstum ihres Unternehmens teilhaben, fördert dies ihre Motivation, Identifikation und unternehmerisches Handeln. Zudem können so mehr Menschen unmittelbarer an den wirtschaftlichen Chancen der Globalisierung teilhaben. Arbeitgeber wiederum können dadurch qualifizierte Fachkräfte gewinnen oder auch ihre Kapitalausstattung verbessern. Darüber hinaus können Mitarbeiterbeteiligungen die Nachfolge bei einer Betriebsübergabe erleichtern. Gerade für die Arbeitswelt der Zukunft sollten diese Chancen für eine partnerschaftliche Unternehmenskultur nicht ungenutzt bleiben. Deshalb

setzen wir uns für bessere Möglichkeiten der Mitarbeiterbeteiligung ein. So wollen wir zum Beispiel bürokratische Hürden abbauen und die Entwicklung alternativer Modelle unterstützen, insbesondere für Betriebsnachfolgen und Start-Ups. Den Steuerfreibetrag für die Mitarbeiterkapitalbeteiligung wollen wir erhöhen. Für uns ist klar, dass es für Mitarbeiterbeteiligungen keine Standardlösungen gibt. Sie müssen daher freiwillig von Beschäftigten und Arbeitgebern vereinbart werden. Einen gesetzlichen oder tariflichen Zwang darf es nicht geben. Zudem halten wir die Harmonisierung internationaler Standards für sinnvoll, um grenzüberschreitende Beteiligungen zu vereinfachen oder erst zu ermöglichen.

Selbstbestimmt in allen Lebenslagen

Forschung auf dem Gebiet der digitalen Gesundheitsdienstleistungen

Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Forschung auf dem Gebiet der digitalen Gesundheitsdienstleistungen ein. Solche Dienstleistungen können zum Beispiel die gesundheitliche Aufklärung verbessern oder die Bürokratie im Bereich der Dokumentation verringern. Patienten können leichter an Informationen gelangen und Ärzte sich auf ihre wichtigste Aufgabe – das Erkennen und Heilen von Krankheiten – konzentrieren. Dafür brauchen wir aber eine angemessene dezentrale Infrastruktur und wir müssen sicherstellen, dass Datenschutz auf dem Niveau des neuen europäischen Datenschutzstandards erfolgt. Jeder Patient muss über seine Daten selbst bestimmen können. Hierzu wollen wir entsprechende Forschung fördern.

Vorrang von Datenschutz in digitaler Verwaltung

Wir Freie Demokraten wollen, dass Datenschutz auch in einer modernen digitalen Verwaltung Priorität hat. Die informationelle Gewaltenteilung sichert das Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Einzelnen gegenüber Behörden und staatlichen Stellen. Daten, die bei einer Behörde erhoben werden, dürfen dann nicht an andere Behörden weitergegeben werden oder mit Daten anderer Behörden zusammengeführt werden, wenn der Bürger oder das Unternehmen dies nicht wollen. Das muss auch in Zeiten von Big Data in der Verwaltung und durch entsprechend geschultes Personal dort sichergestellt werden. Wir sichern dieses Recht ab, indem Bürger ein umfassendes und jederzeitiges Auskunftsrecht darüber erhalten, welche ihrer Daten wo, von wem, wie lange und zu welchem Zweck erfasst und verarbeitet werden.

Selbstbestimmung über Nutzung technischer Möglichkeiten

Wir Freie Demokraten wollen, dass es der freien Entscheidung jedes Einzelnen überlassen bleibt, ob er neue technische Möglichkeiten auch nutzen möchte. Problematisch ist etwa der verordnete Einbau des automatischen Notrufsystems „eCall“ in Kraftfahrzeugen.

Bundesdatenschutzgesetz und EU-Datenschutzgrundverordnung abstimmen

Wir Freie Demokraten wollen die ab 2018 geltende EU-Datenschutzgrundverordnung und das deutsche Bundesdatenschutzgesetz aufeinander abstimmen. Damit für Nutzer bester Datenschutz und Rechtssicherheit besteht, müssen wir die Abstimmung möglichst schnell

und mit so wenigen Ausnahmen wie möglich vollziehen. So können auch alle Beteiligten besser planen.

Möglichkeiten des Internet der Dinge nutzen

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Möglichkeiten im Internet der Dinge genutzt werden können. Internet der Dinge bedeutet, dass Daten in Zukunft bei der Benutzung von Gebrauchsgegenständen des Alltags anfallen. Fitnessarmbänder, selbstfahrende Autos oder Sensoren in Wohnungen von Senioren, die anzeigen, ob sich die Person bewegt – die Möglichkeiten sind fast unbegrenzt. Wir wollen ein modernes Datenrecht, das einerseits die Menschen vor Missbrauch schützt, andererseits aber auch das Recht jedes Einzelnen auf Nutzung seiner Daten ermöglicht

Kein Unternehmensstrafrecht für Deutschland

Wir Freie Demokraten lehnen ein Unternehmensstrafrecht für Deutschland ab. Nach unserer Überzeugung ist jeder Einzelne für sein Tun verantwortlich – auch für seine Entscheidungen als Unternehmer, Geschäftsführer oder Manager. Nach unserem Menschenbild machen sich nicht Unternehmen strafbar, sondern die für sie handelnden Personen. So ist auch das deutsche Strafrecht angelegt; es ist schuldorientiert, knüpft also an menschliches Handeln an. Ein Unternehmensstrafrecht passt also nicht zu unserem Rechtssystem. Es ist aber vor allem unnötig: Was in anderen Ländern Gegenstand des Unternehmensstrafrechts ist, fällt in Deutschland zum Beispiel unter das Wirtschaftsverwaltungsrecht. Auf dieser Grundlage können schon heute erteilte Genehmigungen widerrufen, bestimmte Tätigkeiten untersagt, Unternehmen geschlossen oder gar zwangsweise aufgelöst werden.

Keine weitere Verschärfung des Waffenrechts

Wir Freie Demokraten lehnen es entschieden ab, das geltende Waffenrecht weiter zu verschärfen. Dies gilt insbesondere für die Forderung, Waffen und Munition zentral zu lagern. Denn solche Lager ließen sich kaum ausreichend vor Einbruch schützen. Wie die Kriminalstatistik zeigt, spielen legale Waffen nur bei einem kleinen Bruchteil aller Straftaten überhaupt eine Rolle. Die Gefahr für die öffentliche Sicherheit geht dagegen vom illegalen Waffenbesitz aus. Diesen wollen wir konsequent verfolgen. Dazu muss der Handel mit illegalen Waffen erschwert werden – insbesondere durch engere Zusammenarbeit von Zoll, Bundes- und Landespolizei sowie des Verfassungsschutzes. Auch nach den jüngsten Terroranschlägen in Europa bleibt es falsch, menschenverachtende Verbrechen und das Verhalten unbescholtener Bürgerinnen und Bürger zu verquicken. Das deutsche Waffenrecht ist bereits jetzt viel zu kompliziert und muss deshalb unter wissenschaftlicher Begleitung überprüft werden. Sofern verdachtsunabhängige Kontrollen von Waffenbesitzern ohne Beanstandung bleiben, dürfen dafür keine Gebühren anfallen. Die Einführung von Waffensteuern lehnen wir ebenso ab wie den Druck auf Vereine, auf das „Sportliche Bewegungsschießen“ (IPSC) zu verzichten.

Abschaffung Blasphemieparagraf 166 StGB

Wir Freie Demokraten werden den sogenannten „Blasphemieparagrafen“ abschaffen. Diese Vorschrift des Strafgesetzbuchs bestraft denjenigen, der „öffentlich oder durch Verbreiten

von Schriften den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören“. Den öffentlichen Frieden gefährden jedoch nicht Künstler, Journalisten oder Schriftsteller, die Althergebrachtes kritisch hinterfragen. Die Gefahr für die Gesellschaft geht von religiösen Extremisten aus, die mit dieser Kritik nicht angemessen umgehen können. Für sie ist der „Blasphemieparagraf“ ein Mittel, um gegen die Meinungsfreiheit vorzugehen. Denn an ihren Reaktionen bemisst sich die vermeintliche Friedensstörung. Die Meinungsvielfalt in einer offenen Gesellschaft mag manchmal anstrengend sein, aber sie ist das Rückgrat unserer Freiheit. Religionsgemeinschaften müssen Satire und Spott deshalb genauso ertragen wie jeder Bürger, jede Institution und jede Partei.

Vorrang ambulanter vor stationärer Pflege

Wir Freie Demokraten fordern den Vorrang ambulanter vor stationärer Pflege. Der Grundsatz der Entscheidungsfreiheit muss auch in der Pflege erhalten bleiben. Die Pflege durch Angehörige soll genauso finanziert werden wie die Pflege durch ambulante Pflegedienste.

Moderne Reha

Wir Freien Demokraten wollen die medizinische und berufliche Rehabilitation stärken und modernisieren, denn eine gute Gesundheit ist von hoher Bedeutung, um sein Leben beruflich und privat selbstbestimmt leben zu können. Durch Rehabilitation wieder einsteigen zu können ist besser und für die Gesellschaft und auch günstiger als eine Erwerbsminderungsrente. Auch die längere Lebensarbeitszeit erfordert eine die Stärkung der Rehabilitation. Rentenversicherung und Bundesagentur für Arbeit sollen daher künftig enger zusammenarbeiten, damit die Wiedereingliederung auf dem Arbeitsmarkt noch erfolgreicher gelingt. Eine flächendeckende Versorgung mit Reha-Einrichtungen erfordert zudem nicht DRV-eigenen Kliniken. Aufgabe muss es stärker sein, den Markt sinnvoll zu gestalten - nicht ihn selbst zu betreiben. Die Deckelung des Reha-Budgets in der Rentenversicherung halten wir für nicht mehr zeitgemäß. Hier muss die DRV zu modernen Steuerungsmechanismen nach Rehabilitationsbedarf und Rehabilitationsprognose kommen. Beratung und Leistungsgewährung müssen zudem wohnortnah und bürokratieärmer gestaltet sein. Auch die neuen Möglichkeiten der Digitalisierung und Online-Beratung sollen auch in der Rehabilitation stärker Verbreitung finden. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass bis 2030 zu 400.000 Menschen zusätzlich durch diese innovativen Angebote geholfen werden könnte.

E-Zigarette: Potentiale nutzen, statt auszubremsen – liberaler Verbraucherschutz für mündige Bürger

Wir Freie Demokraten plädieren für einen liberalen Verbraucherschutz und fordern eine sinnvolle Umsetzung der Europäischen Tabakprodukt Richtlinie (TPD2). Eine darüber hinaus gehende Verschärfung des Gesetzes lehnen wir ab. Eine gesetzliche Gleichbehandlung von E-Zigaretten und klassischen Tabak-Zigaretten sowie nikotinhaltiger und nikotinfreier Produkte ist unbegründet und verunsichert den Verbraucher. Auf weitere deutsche Alleingänge bei der Regulierung muss verzichtet werden. Sie schwächen die Marktstellung der deutschen Unternehmen gegenüber der innereuropäischen Konkurrenz und führen zu starken Wettbewerbsverzerrungen in der meist klein- und mittelständisch geprägten Branche. Wir Freie

Demokraten plädieren deshalb für einen liberalen Verbraucherschutz bei der E-Zigarette. Eine Regulierung mit Augenmaß muss die Bürger vor Risiken angemessen schützen, ihnen aber auch die Freiheit zur eigenen Entscheidung lassen.

Rechtssicherheit für Ärzte bei Sterbebegleitung

Wir Freie Demokraten fordern Rechtssicherheit für Ärzte in der Sterbebegleitung. Über sein eigenes Leben entscheidet immer der einzelne Mensch in Selbstbestimmung. Freiheit und Selbstbestimmung ist der Kern der Menschenwürde. Artikel 1 des Grundgesetzes schreibt fest, dass die Menschenwürde ausnahmslos immer gilt, so auch im Angesicht des Todes. Der Entschluss, sein Leben zu beenden, ist deswegen nicht strafbar. Deshalb darf auch die Beihilfe zum Suizid nicht kriminalisiert werden. Die erfolgte Verschärfung der Rechtslage wollen wir rückgängig machen. Das ärztliche Standesrecht unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland teilweise stark. Daher fordern wir eine bundeseinheitliche Regelung unter welchen Umständen die ärztliche Assistenz bei der Selbsttötung sanktionsfrei ist. Dies eröffnet Ärzten die benötigte Sicherheit und betroffenen Patienten qualifizierte Begleitung in ihren letzten Stunden.

Vereinfachung der Adoptionsmöglichkeiten

Wir Freie Demokraten wollen die Möglichkeit zur Adoption vereinfachen. Im Regelfall soll auch ein Altersunterschied von über 50 Jahren zwischen dem Kind und den Eltern keinen Zweifel an der Erziehungsfähigkeit begründen. Weiterhin treten wir für das volle Adoptionsrecht durch eingetragene Lebenspartner ein. Denn Studien belegen: Gleichgeschlechtliche Eltern stehen heterosexuellen Eltern in nichts nach. Wir wollen zudem, dass bei Stiefkindadoptionen das Verwandtschaftsverhältnis zu beiden leiblichen Elternteilen erhalten bleibt, sofern dies von Mutter, Vater und adoptionswilligem Stiefelternteil einvernehmlich gewünscht wird und es dem Kindeswohl nicht widerspricht.

Kein "Nudging" als Politik-Instrument

Wir Freie Demokraten halten nichts von „Nudging“. Das sogenannte „Nudging“ bezeichnet Methoden, die auf unterbewusste Verhaltensmuster von Menschen abzielen, um diese unerkannt zu lenken. Dieses Politik-Instrument verstößt unserer Ansicht nach gegen die Gebote der Transparenz und öffentlichen Darlegung. Wenn die Politik die Bürger lenken möchte, dann soll sie es offen tun und klar sagen, was sie will. Denn nur so kann die Politik auch Gegenstand einer öffentlichen und demokratischen Debatte sein.

Für die Selbstbestimmung der Verbraucher

Wir Freie Demokraten sind für die Selbstbestimmung von Verbrauchern. Denn wir vertrauen auf die mündigen Bürger und überlassen ihnen die Verantwortung für ihre Konsumententscheidungen. Eine notwendige Bedingung für souveräne Konsumententscheidungen sind bessere Informationen und Transparenz über Produkte, Dienstleistungen und Datennutzung. Das hilft den Menschen mehr, als immer neue Vorschriften. Wir wollen niemanden für sein Konsumverhalten mit einer Zusatzsteuer wie etwa Zucker-, Fett-, Fleisch- oder Milchproduktessteuer belasten. Denn jede und jeder weiß selbst am besten, was gut für ihn ist.

Besserer Zugang zu Kapital für Kreativ- und Kulturwirtschaft

Wir Freie Demokraten wollen dafür sorgen, dass Selbstständige und Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft besseren Zugang zu Kapital erhalten. Dafür wollen wir die Förderung der Kreativwirtschaft stärker als bisher bei der Ausrichtung der Innovationspolitik berücksichtigen und staatliche Förderprogramme daraufhin überprüfen, inwieweit sie für die Kreativwirtschaft geeignet sind und entsprechend geöffnet werden können. Die Kreativwirtschaft ist Impulsgeber und Innovationsmotor für Wirtschaft und Gesellschaft zugleich. Die Produkte und Dienstleistungen der Kultur- und Kreativwirtschaft bestimmen und bereichern unseren Alltag. Die Kultur- und Kreativwirtschaft gehört daher stärker in das Zentrum der Wirtschaftspolitik gerückt.

Dauerhafter Erhalt berufsständischer Versorgungswerke

Wir Freie Demokraten wollen die berufsständischen Versorgungswerke und die Möglichkeit zur Gründung weiterer Versorgungswerke dauerhaft erhalten. Für die betroffenen Berufsgruppen wollen wir transparent und verbindlich regeln, wann sich jemand von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung zugunsten einer Mitgliedschaft in einem berufsständischen Versorgungswerk befreien lassen kann. Denn Freiberufler erfüllen ihre Vorsorgepflicht bereits heute durch die Mitgliedschaft in berufsständischen Versorgungswerken. Diese Einrichtungen verwalten sich selbst und kommen ohne staatliche Zuschüsse aus. Das wollen wir fördern und dabei Doppelbelastungen durch eine Mitgliedschaft in beiden Systemen vermeiden.

Senkung der Verwaltungskosten der gesetzlichen Rentenversicherung

Wir Freie Demokraten wollen die Verwaltungskosten der gesetzlichen Rentenversicherung senken. Denn die Beiträge der Versicherten sollen nicht für unnötige Verwaltungsausgaben verschwendet werden. Zum Beispiel werden hierbei parallele Softwaresysteme eingesetzt und dafür mehrere Rechenzentren unterhalten. Deshalb wollen wir die elektronische Datenverarbeitung effizienter gestalten. Zudem gibt es historisch bedingt innerhalb der Deutschen Rentenversicherung Doppelstrukturen, die hohe Kosten verursachen. Deshalb brauchen wir eine straffere Organisation, die Bundes- und Regionalträger zugunsten eines schlanken Trägers zusammenführt.

Altersvorsorge für Selbstständige

Wir Freie Demokraten wollen Selbstständige zur Altersvorsorge verpflichten und ihnen zugleich ein umfassendes Wahl- und Gestaltungsrecht bei der Vorsorgeform einräumen. Denn zahlreiche Selbstständige haben heute im Alter kein ausreichendes Einkommen. Sie sind auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen, für die die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufkommen müssen. Um dieser Gefahr vorzubeugen, sollen Selbstständige künftig für eine Basisabsicherung im Alter vorsorgen. Sie soll zu einer Rente führen, die oberhalb des Grundsicherungsniveaus liegt. Alle Selbstständigen, die nicht Pflichtmitglied in einem berufsspezifischen Alterssicherungssystem sind, sollen dabei die Freiheit haben, ihre Vorsorgeform selbst zu wählen. So können sie entscheiden, ob sie privat etwa im Rahmen einer steuerlich geförderten Basisrente oder freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Alter vorsorgen. Die Pflichtversicherung einzelner Selbstständiger in der gesetzlichen Rentenversiche-

rung wollen wir abschaffen. Neben Rentenversicherungsverträgen sollen auch Fonds, Immobilien und Rückstellungen aus dem Betriebsvermögen anerkannt werden. Zusätzlich zu dieser Wahlfreiheit wollen wir weitreichende Übergangsvorschriften und Karenzzeiten für Gründer schaffen, um größtmögliche Eigenständigkeit, Flexibilität und Freiheit der Selbstständigen zu gewährleisten.

Einheitliches Rentenrecht für ganz Deutschland

Wir Freie Demokraten wollen ein einheitliches Rentenrecht für ganz Deutschland schaffen, mit einheitlichem Rentenwert, einheitlichen Entgeltpunkten und einheitlicher Beitragsbemessungsgrenze. Denn heute werden Rentnerinnen und Rentner sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Ost und West ungleich behandelt. Das ist über 25 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht mehr gerechtfertigt. Die Angleichung des Rentenrechts ist für uns daher ein Gebot der Fairness. Wie eine solche Angleichung fair erfolgen kann, hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung dargelegt.

Ausgabe Versichertengelder für die medizinische Versorgung

Wir Freie Demokraten fordern, dass die Bundesländer ihrer finanziellen Verantwortung für die Investitionen wieder nachkommen und die Gelder der Versicherten für die medizinische Versorgung ausgegeben werden. Denn Großgeräte und Gebäude der Krankenhäuser werden seit Jahren von den verantwortlichen Ländern nicht ausreichend finanziert. Deshalb werden Krankenhäuser häufig gezwungen, Gelder zu zweckentfremden, die für medizinische und pflegerische Leistungen am Patienten vorgesehen und notwendig sind. Wir Freie Demokraten setzen dazu auf ein Anreizsystem, wonach diejenigen Länder, die ihren Investitionsverpflichtungen nachkommen, vom Bund einen Zuschuss erhalten. Neben der Ausweitung der Investitionsbudgets ist es aber auch erforderlich, zu einer sinnvollen Profil- und Zentrenbildung bei den Krankenhäusern zu kommen. Nicht jedes Krankenhaus einer Region muss alle Leistungen eines Maximalversorgers anbieten. Darüber hinaus führen höhere Fallzahlen in spezialisierten Zentren erfahrungsgemäß zu einer höheren Ergebnisqualität für die Patienten.

Beseitigung ökonomischer Fehlanreize bei medizinischer Versorgung

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass ökonomische Fehlanreize bei der Patientenversorgung beseitigt werden. Denn im Fallpauschalen-Katalog für das Krankenhaus bestehen ökonomische Fehlanreize durch sehr breite Misch-Fallpauschalen. Insbesondere innovative Methoden mit bisher kleinen Fallzahlen erleiden hier Nachteile gegenüber überbezahlten Standardmethoden - denn Qualität und Innovation werden innerhalb der Fallpauschalen nicht honoriert. Daher sollte das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus beauftragt werden, das Fallpauschalensystem auf entsprechende Fehlanreize zu überprüfen und den Split von Fallpauschalen nicht nur bei statistischer Kostenvarianz, sondern auch unter Qualitätsaspekten vorzunehmen.

Schnellere Verbreitung von Innovationen in Medizin

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Innovationen in der Medizin die Patientinnen und Patienten in Deutschland schneller erreichen können. Deshalb sollen die Anforderungen an die Bewertung von Nutzen und Risiken neuer Methoden transparent und überprüfbar sein, vor allem bei seltenen Erkrankungen (orphan diseases). Sofern der Patientenschutz gesichert ist, sollen sie jedoch nicht ständig verschärft werden. Zudem sollte die Bewertung neuer Methoden rasch erfolgen.

Weniger Regulierung der Selbstverwaltung und Organisation von Freiberufern

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Selbstverwaltung als Element von Freiberuflichkeit und Selbstorganisation wieder von staatlichen Fesseln befreit wird. Denn ein Großteil der Berufe im Gesundheitswesen sind freie Berufe. Sie sollen in der Behandlung nur ihrem Wissen und Gewissen, ihrer Ausbildung und Erfahrung und vor allem ihren Patientinnen und Patienten verpflichtet sein. Dafür brauchen sie Freiheit von staatlichen und wirtschaftlichen Zwängen. Das Selbstverwaltungsstärkungsgesetz hat die Entscheidungshoheit der Heilberufler eingeschränkt und ihnen weitere Bürokratiehürden auferlegt. Daher lehnen wir es ab.

Ambulante Patientenversorgung wohnortnah, flächendeckend und hochwertig

Wir Freie Demokraten wollen die ambulante Patientenversorgung flächendeckend, wohnortnah und auf hohem Qualitätsniveau sicherstellen. Das gilt insbesondere im ländlichen Raum, wo die Attraktivität des niedergelassenen Arztberufes zu steigern ist. Dazu dient unter anderem die weitere Schaffung von Lehrstühlen für Allgemeinmedizin, die bessere Vernetzung von Lehrpraxen mit medizinischen Fakultäten und die Förderung von Weiterbildungsverbänden zwischen Praxen und Krankenhäusern.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass der Wiedereinstieg in den ärztlichen Beruf zum Beispiel nach Eltern- oder Pflegezeit gefördert wird.

Ärztliche Kooperationen wie Netze, Medizinische Versorgungszentren (MVZ) oder Berufsausübungsgemeinschaften sind inzwischen ein wichtiges Element der Versorgung. Das Rückgrat der ambulanten Versorgung sollte aber nach wie vor aus den freiberuflich, in eigener Praxis tätigen Niedergelassenen bestehen. Insbesondere bei der Einrichtung von MVZ werden wir alles dafür tun, dass keine „Industrialisierung“ der Medizin stattfindet.

Gemeinsames Sorgerecht unverheirateter Eltern als Regelfall

Wir Freie Demokraten sprechen uns dafür aus, das gemeinsame Sorgerecht unverheirateter Eltern zum Regelfall zu machen. Dies kann natürlich auf Antrag im Blick auf das Kindeswohl überprüft werden. Hierfür spricht die erkennbare Praxis bei der Beantragung des gemeinsamen Sorgerechts nach der Sorgerechtsreform, mit der auf Initiative der Freien Demokraten die gemeinsame Verantwortung von nicht verheirateten Eltern für ihre Kinder bereits gestärkt wurde: Das gemeinsame Sorgerecht wird seitdem auf Antrag gewährt, wenn keine Kindeswohlgefährdung besteht. Wir Freie Demokraten sprechen uns daher für ein gemein-

sames Sorgerecht aus. Es sei denn, die Mutter widerspricht. In diesem Fall erfolgt automatisch eine rechtliche Klarstellung.

Besserer gesetzlicher Rahmen für Patchwork- und Regenbogenfamilien

Wir Freie Demokraten wollen einen besseren Rahmen für Patchwork- und Regenbogenfamilien mit mehreren sozialen Elternteilen. Mehreltern-Familien sind Realität und müssen auch bei der rechtlichen Elternschaft abgebildet werden. Wird das Kind mit Hilfe einer Samenspende aus einer Samenbank im Rahmen der Reproduktionsmedizin gezeugt, so soll die eingetragene Lebenspartnerin der Mutter von Geburt an auch rechtlich zweite Mutter sein können. Eine automatische Mutterschaft lehnen wir dagegen dann ab, wenn ein biologischer Vater vorhanden ist, der Verantwortung übernehmen will.

Diversity Management

Wir Freie Demokraten wollen ein ganzheitliches Diversity Management in der Arbeitswelt voranbringen, das auch die heute vielfach unbeachteten Dimensionen Religion und sexuelle Orientierung berücksichtigt. Diversity Management ist ein unternehmerisches Konzept, das auf eine Kultur der Wertschätzung und des Respekts vor der Unterschiedlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzt. Es bekämpft systematisch offene Diskriminierung und macht unbewusste Hemmnisse bewusst. So schafft es Selbstbestimmung und gleiche Chancen für Aufstieg durch Leistung – unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, Behinderung, sexueller Orientierung, Religion oder Weltanschauung. Dieser Ansatz ist für uns eine sinnvolle Alternative zu Quoten und anderen Formen bürokratischer Antidiskriminierungspolitik. Zugleich zeigen Studien, dass vielfältige Teams in einem offenen Arbeitsumfeld und einer offenen Unternehmenskultur eine wichtige Säule für wirtschaftlichen Erfolg bilden. Daher wollen wir ein ganzheitliches Diversity Management fördern. Der öffentliche Dienst muss hier mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb sollen die Strukturen der Frauen- und Behindertenbeauftragten in einen breiteren Ansatz von ganzheitlichem Diversity Management umgestaltet werden. Zur Förderung des Konzeptes in der Privatwirtschaft und gerade auch für den Mittelstand wollen wir Best-Practice-Dialoge initiieren und unterstützen. Zudem wollen wir das Thema „Vielfalt in der Arbeitswelt“ in der beruflichen Bildung verankern.

Reform des Systems der Betriebsräte

Wir Freie Demokraten wollen das System der Betriebsräte reformieren. Betriebsräte sollen der Mitgestaltung der Arbeitssituation im Betrieb sowie dem partnerschaftlichen Interessenausgleich unter den Mitarbeitenden und zwischen den Mitarbeitenden und der Geschäftsleitung dienen. Mit einem so verstandenen Auftrag sind sie ein positiver Faktor für die Stabilität des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Wir wollen die Einrichtung von Betriebsräten nicht durch eine Anhebung von Schwellenwerten bei der Betriebsgröße erschweren. Der Mehrheit der Mitarbeitenden darf jedoch nicht durch kleine Minderheiten oder von außen ein Betriebsrat aufgenötigt werden. Wir wollen das Quorum zur Einrichtung eines Betriebsrats auf 25 Prozent der Mitarbeitenden festlegen. Bei der Wahl von Betriebsräten muss es mehr Demokratie geben: Online-Wahlen, Listenwahl mit Personenanteil, Einführung von Kumulieren und Panaschieren. Die Kosten der Betriebsräte in kleinen und mittleren Unter-

nehmen müssen in einem angemessenen Verhältnis stehen. Die Dauer von Mitbestimmungsverfahren soll durch Fristen geregelt werden. Die Aktualität der Mitbestimmungsgegenstände muss überprüft werden – etwa mit Blick auf die technologische Weiterentwicklung in der Arbeitswelt. Wir wollen die Ausgrenzung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bereich des Flugverkehrs sowie in manchen Betrieben für soziale Dienstleistungen aus der betrieblichen Mitbestimmung beenden.

Ausbau Altersmedizin in Forschung und Lehre

Wir Freie Demokraten fordern, in allen Disziplinen die Altersmedizin (Geriatric) zu stärken sowie Forschung und Lehre in diesem Bereich auszubauen. Denn unsere Gesellschaft befindet sich in einem demographischen Wandel. Die Menschen werden älter und müssen im Alter in unserem Gesundheitssystem besonders unterstützt werden. Dies gilt insbesondere für Menschen mit Demenz oder mehreren chronischen Erkrankungen. Die interdisziplinäre Versorgung dieser Patientinnen und Patienten erfordert ein enges Zusammenspiel aller in Heilberufen Tätigen.

Stärkung der Gesundheitsvorsorge nach wissenschaftlicher Evaluation

Wir Freie Demokraten wollen die Gesundheitsvorsorge und Prävention nach wissenschaftlicher Evaluation stärken. Dabei wollen wir unter anderem in die Impfberatung zur Förderung der Impfquoten intensivieren. Jede Bürgerin und jeder Bürger muss Zugang zu Präventions- und Impfprogrammen haben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Versorgung der Menschen mit Impfstoffen und anderen wichtigen Arzneimitteln sichergestellt wird.

Weiterentwicklung Künstlersozialkasse

Wir Freie Demokraten erkennen, dass das aktive Kulturleben in Deutschland zuallererst auf den hier tätigen Künstlerinnen und Künstlern basiert. Daher wollen wir die etablierten Instrumente zur sozialen Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern, wie die Künstlersozialkasse, fortlaufend weiterentwickeln und zukunftssicher machen. Gleichzeitig wollen wir die vorhandenen Instrumente der Gründerförderung auf die speziellen Bedürfnisse der Kultur- und Kreativwirtschaft anpassen und damit für diese öffnen.

Schutz der Freiheit von Kulturbetrieben

Wir Freie Demokraten sind uns bewusst, dass es in Zeiten einer drohenden Re-Nationalisierung Europas gilt, die Freiheit der öffentlichen Kulturbetriebe zu schützen. Bestehende Staatsbetriebe wie die öffentlichen Museen und Theater wollen wir daher organisatorisch und rechtlich weiter verselbständigen. Führungspositionen sind von unabhängigen Gremien unter Einbeziehung der Belegschaften der Betriebe zu besetzen. Die künstlerische Freiheit in unserem Land ist in Gefahr, wenn Direktorinnen und Direktoren von Museen und Theatern von Kulturministerinnen und -ministern ein- und abgesetzt werden können und die Kulturverwaltung Einfluss auf das Tagesgeschäft von Kulturbetrieben nehmen kann. Die Mitbestimmung in künstlerischen Betrieben und der Einfluss von unabhängigen Kontrollgremien werden wir nachhaltig stärken.

Einsatz für künstlerischen Nachwuchs

Wir Freie Demokraten setzen auf künstlerischen Nachwuchs. Denn die nachwachsenden Künstlergenerationen sind der wichtige Garant für die Zukunft eines breiten, vielfältigen und anspruchsvollen Kulturlebens. Die bestehenden Nachwuchswettbewerbe auf Bundesebene wollen wir erhalten und stärker systematisieren. Förderlücken werden wir identifizieren und schließen. Bei den Wettbewerben setzen wir auf tragfähige Kooperationen mit professionellen Partnern der Zivilgesellschaft.

Entgegenwirken der Zunahme multiresistenter Keime

Wir Freie Demokraten wollen dem Problem multiresistenter Erreger (MRE/MRSA) in Deutschland entgegentreten. Denn sie stellt für die Menschen hierzulande eine Bedrohung dar. Deshalb fordern wir den verantwortungsvolleren Umgang mit Antibiotika in Tierhaltung und medizinischer Versorgung. Neben der Hygiene bedarf es mehr infektionsmedizinischer Kompetenz im Umgang von Antiinfektiva. Hierzu wären die infektiologischen Disziplinen wie die klinische Infektiologie zu stärken. Darüber hinaus muss die Bekämpfung multiresistenter Erreger in allen Bereichen wie Praxis, Klinik, Pflege und Alltag konsequenter umgesetzt werden. Dafür wollen wir beispielweise die Übernahme von Screening-Untersuchungen bei Patienten mit bekanntem erhöhtem Risiko für Besiedlung durch multiresistente Erreger vor ihrer stationären Aufnahme in den Leistungsumfang der Gesetzlichen Krankenversicherung.

Konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland und deren ausdrückliche Erwähnung im Bundesteilhabegesetz

Wir Freie Demokraten fordern die konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland und deren ausdrückliche Erwähnung im Bundesteilhabegesetz. Für uns sind Behinderungen auch Teil der individuellen Vielfalt, die unsere Gesellschaft ausmacht. Zentral ist für uns dabei, die Wahlfreiheit für die individuelle Gestaltung des eigenen Lebens verbunden mit größtmöglicher Selbstorganisation. Wir fordern ein Wunsch- und Wahlrecht auf Leistungen zur Teilhabe, zum Beispiel freie Wahl von Wohnort und Wohnform kostenneutral innerhalb eines vorgegebenen Budgets. Die ambulante Leistungserbringung soll Vorrang gegenüber allen Formen stationärer Betreuung haben. Wir treten für eine echte Teilhabe- und Wahlmöglichkeit im Arbeitsleben ein, statt einer ausschließlichen Reduzierung auf die Werkstatt und wollen den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt verbessern. Damit jeder selbst über seine Angebote bestimmen kann, wollen wir das Persönliche Budget einfach und unbürokratisch nutzbar machen. Bei Sozialleistungen sollen Einkommen und Vermögen in Zukunft nur noch teilweise herangezogen werden. Leistungen, die die Nachteile einer Behinderung ausgleichen (Nachteilsausgleich), sollen einkommensunabhängig gewährt werden. Leistungen zum Lebensunterhalt hingegen werden, wie bei jedem anderen Leistungsempfänger auch, nach Bedürftigkeit gezahlt. Menschen mit Behinderung haben unabhängig von der Wohnform Anspruch auf alle Leistungen aus der Sozialversicherung. Dies muss auch für die Pflegeversicherung gelten.

Digitales anonymes Bargeld

Wir Freie Demokraten wollen die bestehende Möglichkeit des anonymen Bezahls mit Bargeld auf die digitale Welt übertragen. Wir Freie Demokraten begrüßen alternative Tauschmittel wie Kryptowährungen und sind gegen deren staatliche Regulierung. Die Forschung an der Weiterentwicklung grundlegender Technologien wie z.B. Blockchain zu Smart Contracts möchten wir fördern.

Freiheit und Menschenrechte weltweit

Koordination der Energie-Außenpolitik und der Transportkapazitäten der EU-Mitglieder durch die EU-Kommission

Wir wollen, dass die EU-Kommission die Energie-Außenpolitik und die Transportkapazitäten der Mitglieder der Europäischen Union koordiniert. Denn Energie ist inzwischen eine politische Waffe, oftmals in der Hand autoritärer Regime. Um das zu ändern, wollen wir Europas Energiequellen diversifizieren und die Energiepolitik auf europäischer Ebene integrieren. Wir wollen, dass die Kommission die Energie-Außenpolitik sowie die Vernetzung von Transportkapazitäten der Mitgliedsstaaten stärker koordiniert. Somit wird die Abhängigkeit der EU-Mitgliedstaaten gegenüber den großen energieexportierenden Staaten verringert. Mit der Europäischen Energieunion wird außerdem eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung in Europa sichergestellt. Ein europaweit koordiniertes Vorgehen mit einheitlichen marktbasierten Anreizen zur Senkung der Treibhausgasemissionen und des Energieverbrauchs schützt unser Klima und stärkt den Wettbewerb innerhalb der Energiemärkte im Interesse der Verbraucher.

Stärkung der Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Stärkung der Friedenssicherung der Vereinten Nationen (UNO) ein. Die UNO ist der Grundpfeiler einer liberalen und rechtsstaatlichen Weltordnung. Neben dem finanziellen Beitrag muss das deutsche Engagement von Truppen, Polizeikräften und Experten für die Friedenseinsätze der UNO – von zivilen politischen Missionen bis militärischen Stabilisierungseinsätzen– ausgebaut werden, um Bedrohungen des Friedens und der Menschenrechte glaubhaft entgegenzutreten und weltweit in Krisensituationen mehr globale Verantwortung zu übernehmen. Die Konfliktprävention, die Konfliktnachsorge und der Wiederaufbau nach Abschluss der Kampfhandlungen stehen im Fokus. Eine liberale Friedens- und Sicherheitspolitik bedeutet allerdings auch, notfalls für die Friedenssicherung und Friedensdurchsetzung im Rahmen eines UNO-Mandates in Bürgerkriegen und bei schwersten Menschenrechtsverletzungen Einsatzkräfte zu entsenden. Wir Freie Demokraten unterstützen deshalb den anhaltenden Reformprozess zur Verbesserung und Stärkung der Friedenssicherung der UNO, um den bedrohlichen Herausforderungen des Friedens und den heutigen multidimensionalen Friedensmissionen zu begegnen. Bei humanitären Katastrophen beziehungsweise wenn ein Staat massiv die fundamentalen Menschenrechte verletzt, hat die Weltgemeinschaft die Pflicht, den Menschen vor Ort zur Hilfe zu eilen (Responsibility to Protect). Dies geht aber auch mit einer Pflicht zum anschließenden Wiederaufbau und Peacekeeping der Region einher (Responsibility to Rebuild). Wir sehen dabei

auch Deutschland und die Bundeswehr in der Pflicht, ihre weltweite Verantwortung stärker wahrzunehmen.

Stärkere Förderung von Kooperationen mit der Privatwirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit

Wir Freie Demokraten wollen die Chancen von Schwellen- und Entwicklungsländern für den globalen Handel besser nutzen. Die von uns Liberalen begonnene erfolgreiche Kooperation mit der Wirtschaft ist ein wichtiges Instrument, um weltweit Entwicklung zu fördern. Nötig dafür ist eine konsequentere Außenwirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik, die Chancen für Unternehmen in den Entwicklungsländern, aber auch für deutsche Unternehmen bietet. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit zu mehr nachhaltiger Investitions- und Arbeitsplatzförderung. Nur durch eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft können die drängenden wirtschafts- und klimapolitischen Herausforderungen bewältigt werden. Wir fordern neue globale Partnerschaften und Projekte zwischen der deutschen und lokalen Privatwirtschaft in den Entwicklungsländern, insbesondere für mehr Beschäftigung. Nur eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung schafft nachhaltige Zukunftsperspektiven für die Menschen in den betroffenen Regionen, um so auch weiteren Wanderbewegungen vorzubeugen.

Gleichberechtigung von Frauen und Schutz von Kindern weltweit

Wir Freie Demokraten fordern die Gleichberechtigung von Frauen und den Schutz von Kindern weltweit. Die Menschenrechte von Frauen werden überproportional oft verletzt. Sie sind häufig Opfer häuslicher Gewalt oder werden unter dem Vorwand der Tradition von Bildung ferngehalten, von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen, zwangsverheiratet oder genitalverstümmelt. In Krisengebieten werden weiterhin Vergewaltigungen von Frauen als Mittel der Kriegsführung eingesetzt. Wir treten deshalb für die weltweite Ächtung von Menschenhandel, Kinderarbeit, Zwangsprostitution und den Einsatz von Kindersoldatinnen und -soldaten ein.

Uneingeschränkte Umsetzung der Kopenhagener Beitrittskriterien als Voraussetzung für EU-Beitrittsperspektive

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Staaten der östlichen Partnerschaft, die eine Mitgliedschaft in der EU anstreben, auch weiterhin die Chance haben, sich durch konsequente, rechtsstaatliche und marktwirtschaftliche Reformen eine Beitrittsperspektive zu erarbeiten. Der Prozess der EU-Osterweiterung hat bewiesen, dass die EU zu Freiheit, Wohlstand und Demokratie beiträgt und beide Seiten von der Erweiterung profitieren können. Voraussetzung ist aber, dass die Kopenhagener Beitrittskriterien uneingeschränkt und ohne Rabatte umgesetzt werden und die EU auch aufnahmefähig ist.

Stärkung der Menschenrechtsarbeit in Europa

Wir Freie Demokraten wollen die Menschenrechtsarbeit in Europa stärken. Das Ziel der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist es, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu fördern. Wir wollen die Menschenrechtsarbeit der

OSZE und die Stellung des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) stärken. Dies gilt auch für den Europarat sowie insbesondere den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, dessen personelle und finanzielle Mittel aufgestockt werden müssen, damit er seiner zentralen Rolle als Grundrechtsgericht für den gesamten Kontinent besser gerecht werden kann. Nur so kann der Menschenrechtsschutz in allen Mitgliedsstaaten und für über 800 Millionen Menschen gewährleistet werden.

Festhalten an Aussetzung der Wehrpflicht

Wir Freie Demokraten wollen an der Aussetzung der Wehrpflicht festhalten. Die globale sicherheitspolitische Lage hat sich seit dem Kalten Krieg nachhaltig und dauerhaft verändert. Bedrohungen wie der internationale Terrorismus stellen uns vor neue Herausforderungen. Bündnisverpflichtungen und weltweite Auslandseinsätze sind die heutigen Einsatzszenarien. Deutschland braucht deshalb gut ausgebildete und voll einsatzbereite, moderne Streitkräfte. Eine Wehrpflichtarmee, die einen wesentlichen Teil der Berufs- und Zeitsoldaten im Inland bindet, kann diese Anforderungen nicht erfüllen. Zudem konnte bereits vor Aussetzung der Wehrpflicht die vom Grundgesetz geforderte Wehrgerechtigkeit über Jahre hinweg nicht gewährleistet werden. Die Wehrpflicht ist eine Einschränkung persönlicher Freiheit ohne stichhaltige Begründung.

Akzeptanz der Bundeswehr stärken

Wir Freie Demokraten wollen die Akzeptanz der Bundeswehr stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass die wichtige Arbeit der Bundeswehr Anerkennung in der Öffentlichkeit erfährt. Die Wertschätzung des anspruchsvollen und gefährlichen Dienstes unserer Soldatinnen und Soldaten ist gerade für eine Armee im Einsatz von überragender Bedeutung.

Beschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen für die Bundeswehr

Wir Freie Demokraten sprechen uns für die schnelle Beschaffung und den Einsatz von bewaffnungsfähigen Drohnen für die Bundeswehr aus. Diese sollen die Fähigkeiten der Luftwaffe ergänzen und einzelne Elemente ersetzen. Bei der ersten Beschaffung soll auf bewährte und am Markt verfügbare Systeme zurückgegriffen werden und zusammen mit den Verbündeten gearbeitet werden. Zugleich befürworten wir im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) die Entwicklung einer europäischen Drohne. Zeitgleich muss der gesetzliche Rahmen für die technische Zulassung und die Zulassung für den europäischen Luftraum erarbeitet werden.

Kein erweiterter Einsatz der Bundeswehr im Inland

Wir Freie Demokraten lehnen einen erweiterten Einsatz der Bundeswehr im Inland weiterhin ab. Die grundsätzliche Trennung der Zuständigkeiten von Bundeswehr und Polizei soll erhalten bleiben. Es ist und bleibt die oberste Aufgabe der Bundeswehr, die Sicherheit Deutschlands nach außen zu gewährleisten. Die bereits jetzt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts mögliche Übernahme von Aufgaben der Bundeswehr im Inneren bei besonderen Lagen, zum Beispiel bei Naturkatastrophen, soll Bestand haben. Die Bundes-

wehr darf aber nicht als Hilfspolizei oder zur Entlastung von Länderhaushalten, die die nötigen Personalausgaben für Polizeikräfte verweigern, missbraucht werden.

Friedlicher Dialog und fairer Ausgleich als Leitlinien der deutschen Außenpolitik

Wir Freie Demokraten stehen für eine deutsche Außenpolitik des friedlichen Dialogs und fairen Ausgleichs. Unsere bedachte Verhandlungsdiplomatie hat uns international zu respektierten Partnern gemacht und ermöglicht es uns, in die ganze Welt freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Gleichzeitig wächst Deutschlands internationale Verantwortung, vor der wir nicht die Augen verschließen dürfen: Wenn es zum Schutz unserer eigenen Sicherheit, der Sicherheit unserer Partner oder zur Wahrung von Menschenrechten und Frieden in der Welt zwingend notwendig ist, muss auch der Einsatz militärischer Mittel als „Ultima Ratio“ in Betracht kommen.

Außenpolitische Asienstrategie mit Fokus auf Rechtsstaatlichkeit und Reformen

Wir Freie Demokraten fordern eine außenpolitische Asien-Strategie, die auf Rechtsstaatlichkeit und friedliche Reformen setzt. Asien gehört zu den dynamischsten Regionen der Welt. Die rasante Entwicklung, wirtschaftlich wie politisch, hat auch weitreichende Auswirkungen auf Europa und Deutschland. Um diese enormen Potenziale der Region zu nutzen, bedarf es in Asien rechtsstaatlicher Strukturen, einer starken Mittelschicht und der Wahrung des Friedens. Regionale Konflikte wie der Konflikt im Südchinesischen Meer und das Atomwaffenprogramm Nordkoreas stellen eine große Gefahr für uns alle dar. Wir wollen die Länder der Region daher auffordern, internationale Urteile und Abkommen zu respektieren und umzusetzen. Gleichzeitig treten wir für eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Entwicklung einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Wirtschaftsweise ein, um der enormen Umweltverschmutzung in Asien Einhalt zu gebieten.

Politik, die rechnen kann

Stoppen der Pläne für die gemeinsame europäische Einlagensicherung

Wir Freie Demokraten wollen die Pläne der EU-Kommission für eine gemeinsame europäische Einlagensicherung stoppen. Wir sind gegen eine Vergemeinschaftung von Bankenrisiken. Denn viele europäische Banken sind noch nicht ausreichend saniert und weisen in ihren Bilanzen noch hohe Risiken auf. Sie würden durch eine gemeinsame Einlagensicherung nur ihre Probleme abwälzen. Leidtragende wären damit letztlich die Sparerinnen und Sparer in Deutschland. Bevor die Banken Europas nicht stabilisiert sind und sämtliche EU-Mitgliedstaaten die bereits verabschiedeten Vorschriften zur nationalen Einlagensicherung erfüllen, ist eine gemeinsame europäische Einlagensicherung ein vermeidbares Risiko für die Sparerinnen und Sparer in Deutschland.

Konsequente Anwendung der "Bail-in"-Regeln beim europäischen Bankenabwicklungsmechanismus

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass beim europäischen Bankenabwicklungsmechanismus die sogenannten „Bail-in“-Regeln und die damit vorgesehene Haftungsreihenfolge konsequent angewandt werden. Das bedeutet, dass im Insolvenzfall zunächst die Aktionäre und Gläubiger einer Bank in Haftung genommen werden. Erst dann können Mittel des gemeinsamen Abwicklungsfonds herangezogen werden, in den die europäischen Banken einzahlen. Staatliche Rekapitalisierungen darf es allenfalls nur in absoluten Ausnahmefällen und als fiskalisch neutrale Kredite geben, wenn die bisherigen Mittel nicht ausreichen und die Finanzstabilität gefährdet ist. Denn nur durch eine strikte Umsetzung gewinnt der europäischen Bankenabwicklungsmechanismus an Glaubwürdigkeit und sendet das notwendige Signal an Banken und ihre Gläubiger, dass sie nicht ständig auf Staatskosten gerettet werden.

Bankenaufsicht und Geldpolitik in Europa trennen

Wir Freie Demokraten wollen Bankenaufsicht und Geldpolitik in Europa strikt trennen. Die Entwicklung seit 2009 zeigt, dass dies notwendig ist. Denn wenn beide Aufgaben von derselben Institution verantwortet werden, wie aktuell von der Europäischen Zentralbank (EZB), besteht die Gefahr von Interessenkonflikten. So gewährt die EZB im Rahmen ihrer Geldpolitik den europäischen Banken einerseits Kredite und wird zu deren Gläubigerin. Andererseits übt sie seit 2014 die Aufsicht über die wichtigsten Kreditinstitute des Euro-Raums aus. Dieser Interessenkonflikt könnte dazu führen, dass aufsichtsrechtliche Konsequenzen für Banken milder ausfallen oder später folgen als notwendig. Oder dass bestimmte geldpolitische Maßnahmen unterbleiben, um Großbanken nicht zu gefährden. Deshalb wollen wir beide Aufgaben institutionell trennen.

Für eine schuldenfreie EU – ohne eigene Steuern

Wir Freie Demokraten wollen eine Europäische Union (EU), die solide wirtschaftet – ohne Schulden und ohne zusätzliche eigene Steuern. Denn auch die EU ist zu Sparsamkeit und einer effizienten Mittelverwendung angehalten. Deshalb halten wir strikt am Verschuldungsverbot der EU fest. Den überwiegenden Teil der Haushaltsmittel erhält die EU von den Beiträgen der Mitgliedsstaaten gemäß ihrer jeweiligen Wirtschaftskraft. Vorschläge, dass die EU Rechte erhalten soll, um eigene Steuern zu erheben, lehnen wir ab. Schließlich besteht darin auch immer die Gefahr, dass die Unionsbürgerinnen und -bürger ständig weiter belastet werden. Viel sinnvoller ist es für uns, sämtliche EU-Ausgaben auf Sinn und Angemessenheit zu überprüfen.

Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern

Wir Freie Demokraten wollen die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen grundlegend neu ordnen. Dadurch wollen wir die finanzielle Eigenständigkeit der Bundesländer und der Kommunen sowie den föderalen Wettbewerb stärken. Denn eine starke Eigenverantwortung ist Voraussetzung für solide öffentliche Finanzen. Heute führen aber geteilte finanzielle Zuständigkeiten, Mischfinanzierungen und Gemeinschaftssteuern oft zu

Intransparenz und fehlenden Verantwortlichkeiten. Deshalb wollen wir diese Strukturen so weit wie möglich abbauen. Die im letzten Jahr vereinbarte Neuregelung ab dem Jahr 2020 war diesbezüglich kein Fortschritt, sondern nur eine Almosenvergabe an die Länder. Gleichzeitig wollen wir die Steuerautonomie der Länder und Kommunen erhöhen. Sie sollen eigene Hebesatzrechte auf die Körperschaftsteuer und die zuvor gesenkte Lohn- und Einkommenssteuer erhalten. Denn dies fördert den transparenten Wettbewerb zwischen den staatlichen Ebenen und schafft mehr Planungssicherheit. Damit sich wirtschaftliche Anstrengungen der einzelnen Bundesländer auch lohnen und nicht bestraft werden, wollen wir den Länderfinanzausgleich entsprechend erneut reformieren.

Verankerung eines echten Konnexitätsprinzips im Grundgesetz

Wir Freie Demokraten wollen ein echtes Konnexitätsprinzip im Grundgesetz verankern. Dies bedeutet, dass Bund und Länder den Kommunen nur dann zusätzliche Aufgaben übertragen dürfen, wenn die Finanzierung durch den Gesetzgeber gewährleistet ist. Es muss gelten: Wer neue Aufgaben schafft, muss diese auch bezahlen. Denn eine strukturelle Ursache für die dramatische Finanzlage vieler Städte und Gemeinden liegt darin, dass Bund und Länder neue Aufgaben an die Kommunen übertragen, ohne ausreichend finanzielle Mittel für die Aufgabenerfüllung bereitzustellen. Dies hat sich zum Beispiel bei der Unterbringung der Flüchtlinge gezeigt. Selbst wenn Mittel des Bundes für die Kommunen vorgesehen sind, verbleiben diese häufig auf der Ebene der Länder und werden nicht weitergeleitet. Daher wollen wir ein echtes Konnexitätsprinzip, das es dem Bund zugleich ermöglicht, den Kommunen direkt Geld für neue Aufgaben schnell und ohne Umweg über die Länder bereitzustellen.

Neuregelung der Kapitaleinkünftebesteuerung

Wir setzen uns für eine gerechte Neuregelung der Kapitalertragsteuer ein. Wenn der umfassende automatische Informationsaustausch zwischen den Staaten in den Jahren nach 2018 eingeführt ist und dann auch tatsächlich funktionieren sollte, ist eine steuerliche Sonderbehandlung von Zinseinkünften politisch und verfassungsrechtlich problematisch. Dann wollen wir auf ein faires Besteuerungskonzept für Kapitaleinkünfte übergehen, in dem Zins- und Dividendeneinkünfte gleichbehandelt werden und das die private Alters- und Vermögensvorsorge stärkt. Dazu wollen wir die Abgeltungsteuer abschaffen. Für ausgeschüttete Unternehmensgewinne (Dividenden) wollen wir ein Teileinkünfteverfahren schaffen, das die steuerliche Vorbelastung der Gewinne auf der Unternehmensebene angemessen berücksichtigt. Ziel soll eine Entlastung der Sparer sein. Eine Spekulationsfrist von einem Jahr für private Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren wollen wir wiedereinführen. Heute müssen beispielsweise Kursgewinne beim Verkauf von Aktien immer versteuert werden, unabhängig davon, wie lange die Aktie gehalten wurde. Wir wollen die langfristige Kapitalanlage in Unternehmen attraktiv machen, damit viele Menschen bei ihren Sporbemühungen und bei ihrer Altersvorsorge an den Wachstumsgewinnen teilhaben können.

Zusammenschluss der gewerblichen Berufsgenossenschaften der gesetzlichen Unfallversicherung

Die Freien Demokraten setzen sich für einen Zusammenschluss aller gewerblichen Berufsgenossenschaften der gesetzlichen Unfallversicherung ein. Die gesetzliche Unfallversicherung

im gewerblichen Bereich hat in den letzten 150 Jahren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten außergewöhnlich gut versorgt, durch die Ablösung der Unternehmerhaftpflicht Rechtsstreitigkeiten im Betrieb vermieden und so den Betriebsfrieden gesichert. Schon in den letzten Jahren haben sich die verschiedenen Berufsgenossenschaften immer weiter zusammengeschlossen. Die neun verschiedenen Berufsgenossenschaften bringen in einer immer komplexeren Arbeitswelt mit neuen Berufsfeldern nur unnötige Abgrenzungsschwierigkeiten. Die Zusammenlegung soll die grundsätzliche Beitragsgerechtigkeit nach Risiko beibehalten, indem der Tarif nach Gefahrneigung der Berufe differenziert. So bleiben die notwendigen Präventionsanreize erhalten. Durch eine einheitliche Verwaltung werden Effizienzreserven gehoben und so die Arbeitskosten entlastet.

Offene Leistungsmärkte statt planwirtschaftlicher Kapazitätsmärkte

Wir Freie Demokraten wollen Versorgungssicherheit im Wettbewerb erreichen und sind gegen staatliche Interventionen zur Bereitstellung ausreichender Kraftwerkskapazitäten. Wir wollen keine staatlich bestimmte Kapazitäts- und Klimareserve, mit der lediglich die Symptome der verfehlten Energiewende kuriert werden. Wir treten dafür ein, dass die erneuerbaren Energieträger zukünftig Systemverantwortung übernehmen und selbst für die Sicherheit ihres Stromangebots sorgen. In offenen Leistungsmärkten sollen alle Stromanbieter die dem Verbraucher zugesagte Leistung unter allen Bedingungen durch Versorgungsgarantien absichern müssen. So wird marktwirtschaftlich effizient die erforderliche Leistung bereitgestellt. Durch eine Handelbarkeit der Versorgungsgarantien wollen wir auch kleinen Anbietern die Gewährleistung der Versorgungsgarantie ermöglichen. Ein planwirtschaftlicher Kapazitätsmarkt erübrigt sich dadurch.

Förderung der Digitalisierung im Strommarkt durch marktwirtschaftliche Prinzipien

Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung im Energiemarkt mit marktwirtschaftlichen Prinzipien statt staatlichem Zwang vorantreiben. Bei der Einführung intelligenter Stromzähler sind hohe Datenschutzstandards strikt zu beachten. Die weitere Nutzung der Mess- und Regeltechnik sollte technologieoffen erfolgen und dem Prinzip der Wahlfreiheit folgen.

Unternehmenssteuerreform für bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

Wir Freien Demokraten halten an einer Unternehmenssteuerreform als langfristigen Ziel fest. Beste steuerliche Rahmenbedingungen für Unternehmen sind wichtig, wenn Deutschland sich im globalen Wettbewerb der Standorte behaupten will. Schwerpunkte wollen wir bei der Steuervereinfachung, der Rechtsform-, der Organisations- und Finanzierungsneutralität und der Beseitigung von Nachteilen für den Mittelstand setzen. Als wichtige Punkte in einem fairen Unternehmenssteuerrecht sehen wir die Möglichkeit einer transparenten Besteuerung von personenbezogenen GmbHs mit der Einkommensteuer, eine einfache und mittelstandstaugliche Regelung zur Tarifermäßigung für nicht entnommene Gewinne und eine Regelung, wonach Umwandlungsvorgänge ohne steuerliche Belastung durch Einkommen- oder Grunderwerbsteuer durchgeführt werden können. Verlustvorträge sollen erhalten bleiben, um sie bei Übernahmen geltend machen zu können. Die Gewerbesteuer wollen wir langfristig durch einen höheren Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer und einem kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die zuvor abgesenkte Einkommen-

und Körperschaftsteuer ersetzen. Jegliche Pläne, die die Rechtsform der Personengesellschaft schwächen, lehnen wir ab.

Förderung der Luftverkehrswirtschaft durch Weiterentwicklung des Luftverkehrskonzeptes des Bundes

Wir Freie Demokraten fordern, dass das Luftverkehrskonzept des Bundes weiterentwickelt wird, damit deutsche Flughäfen und Fluggesellschaften international wettbewerbsfähig bleiben und am Wachstum des Marktes voll partizipieren können. Alle Flughäfen müssen ihre Kosten subventionsfrei erwirtschaften können. An bestehenden Betriebsgenehmigungen für die Flughäfen soll festgehalten werden. Weitere Kapazitätsbeschränkungen lehnen wir ab. Wir verstehen den Luftverkehr und die Luftverkehrswirtschaft als strategische Partner für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. Die Exportstärke unserer Wirtschaft hängt auch mit der Leistungsfähigkeit der deutschen Luftverkehrswirtschaft zusammen. Direkte Verbindungen in die wachstumsstarken Metropolregionen in Asien und nach Amerika sichern unserem Land einen schnellen Zugang zu den internationalen Märkten und steigern die Attraktivität Deutschlands für ausländische Direktinvestitionen. Das ist unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht mehr der Fall. Deshalb treten wir für eine Abschaffung der Luftverkehrssteuer ein und fordern für Ausnahmesituationen eine Flexibilisierung der betrieblichen Beschränkungen an deutschen Flughäfen.

Wettbewerbsfähige, eigenverantwortliche Finanzwirtschaft in Deutschland

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine wettbewerbsfähige, eigenverantwortliche Finanzwirtschaft in Deutschland ein. Der Zugang zu Finanz- und Versicherungsdienstleistungen aller Art, insbesondere günstigen Finanzierungsbedingungen, ist existenziell für die deutsche Wirtschaft. Vor allem den Finanzplatz Frankfurt mit dem Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB), der Bankenaufsicht im Euroraum (Single Supervisory Mechanism), dem Sitz der Deutschen Bundesbank, der größten deutschen öffentlichen und privaten Banken sowie hundert Niederlassungen ausländischer Kreditinstitute, gilt es zu stärken. Elementarer Bestandteil des Finanzplatzes muss weiterhin die Deutsche Börse mit Sitz in Frankfurt sein. Wir lehnen nationale Alleingänge ab, die die deutsche Finanzwirtschaft einseitig belasten und internationale Wettbewerber begünstigen, wie zum Beispiel eine Finanztransaktionssteuer. Handelspraktiken, bei denen die Marktteilnehmer ungleiche Wettbewerbschancen haben, lehnen wir ab.

Ausweitung des Investitionsabzugsbetrags nach § 7g des Einkommensteuergesetzes

Wir Freie Demokraten wollen die Liquidität von kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie Freiberuflerinnen und Freiberuflern in der Investitionsphase verbessern und den Aufbau von Eigenkapital erleichtern. Dazu wollen wir den sogenannten Investitionsabzugsbetrag nach § 7g des Einkommensteuergesetzes ausweiten – sowohl hinsichtlich des Kreises der Berechtigten als auch der Höhe des Betrags. Dadurch kann der Zeitpunkt der Gewinnbesteuerung verschoben und die Liquidität erhöht werden.

Bessere Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittelständische Unternehmen durch mehr "Direktkreditangebote"

Wir Freie Demokraten wollen die Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittelständische Unternehmen verbessern. Deshalb fordern wir zum Beispiel, dass landeseigene Förderbanken ihr „Direktkreditangebot“ für kleine und mittelständische Unternehmen im Bereich der Investitions- und Betriebsmittelfinanzierung erweitern. Hierdurch sollten auch kleinere Anschubfinanzierungen möglich sein.

Förderung der Verbreitung digitaler Geschäftsmodelle in der gesamten Wirtschaft

Wir Freien Demokraten wollen die Verbreitung digitaler Geschäftsmodelle in der gesamten Wirtschaft fördern. Gerade mittelständische Unternehmen, die immer noch die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze in Deutschland stellen, benötigen solche Geschäftsmodelle, um auch künftig erfolgreich zu sein. Deshalb wollen wir bundesweit regionale Plattformen unterstützen, welche digitale Startups und mittelständische IT-Unternehmen einerseits und digitale Anwender aus Industrie und Wirtschaft andererseits zusammenbringen. Gemeinsam mit der Wissenschaft kann diesen Unternehmen auf solch einer Plattform die Transformation hin zu digitalen Geschäftsmodellen und digitalen Umsätzen gelingen.

Ein unkomplizierter Staat

Abschaffung der Sommerzeit

Wir Freie Demokraten fordern die Abschaffung der Sommerzeit. Im Gegensatz zum ursprünglichen Zweck spart die Zeitumstellung keine Energie ein. Die Kosten für die Umstellung sind hoch und Studien zeigen, dass die Anpassung zu Schlafstörungen, Krankheiten und mehr Verkehrsunfällen führt. Daher fordern wir die Abschaffung dieser unnützen Regelung.

Bürokratieabbau in der Landwirtschaft

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen Bürokratieabbau in der Landwirtschaft ein. Landwirtschaft ist geprägt von Einzelverordnungen und Meldepflichten sowohl nationaler als auch europäischer Behörden. Wir wollen Bürokratie abbauen, vereinheitlichen und praxisnäher gestalten. Verordnungen müssen sich an der Berufspraxis der Landwirtschaft ausrichten, so wie den regionalen Bedingungen. Ein behördlicher Ansprechpartner muss reichen, wenn die Behörden gut untereinander kommunizieren („one face to the customer“-Prinzip). Die Verwaltung sollte als Partner, nicht als Gegner der Landwirtschaft agieren. Nur so lassen sich Freiräume für die Beschäftigten in der Landwirtschaft schaffen und sie können sich wieder mehr auf die Ergebnisse ihrer Arbeit konzentrieren.

Reform des Planungsrechts

Wir Freie Demokraten wollen eine Reform des Planungsrechts. Zahlreiche Großprojekte der letzten Jahre haben gezeigt, dass das deutsche Planungsrecht reformbedürftig ist. Bürgerentscheide und Informationen zu Beginn des Verfahrens schaffen Transparenz und Legitima-

tion. Anschließende Schritte des Verfahrens können dann beschleunigt ablaufen. Bei Projekten von überregionaler Bedeutung soll das Parlament einbezogen werden und gegebenenfalls Planfeststellung durch Gesetz betreiben. Das stellt Transparenz und demokratische Legitimation sicher, ohne wichtige Projekte unangemessen zu verzögern.

Einfachere Vermietung für private Vermieterinnen und Vermieter

Wir Freie Demokraten wollen die Vermietung für private Vermieterinnen und Vermieter vereinfachen, die nicht hauptberuflich vermieten. Denn nebenberuflich Vermietende stellen etwa zwei Drittel aller Mietwohnungen in Deutschland und tragen damit wesentlich zur Wohnraumversorgung bei. Private Vermieterinnen und Vermieter, die nur zwei bis drei Wohnungen zur Verfügung stellen, wollen in der Regel auch keine unverhältnismäßig hohen Renditen erzielen. Anders als gewerbliche Vermieter können sie jedoch die vielen technischen und rechtlichen Anforderungen oft nicht erfüllen, weshalb die Gefahr besteht, dass sie sich aus dem Mietwohnungsmarkt zurückziehen. Um dies zu verhindern, wollen wir Gesetze und Verordnungen zur Vermietung dahingehend prüfen, welche Anforderungen dadurch an privat Vermietende gestellt werden.

Einheitliches Vergaberecht

Wir Freie Demokraten wollen das Vergaberecht in ganz Deutschland einheitlich regeln. Die bestehenden vergaberechtlichen Regelungen in den Bundesländern sollen dafür abgeschafft werden. Wir wollen außerdem, dass auch für die Vergabe öffentlicher Aufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte ein effektiver Rechtsschutz eingeführt wird. Ein einheitliches, unbürokratisches und faires Vergaberecht ist insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen entscheidend dafür, dass diese sich überhaupt an der Ausschreibung öffentlicher Aufträge beteiligen. Und für den Mittelstand ist besonders wichtig, dass auch bei kleineren Aufträgen die Vergabe gerichtlich überprüfbar ist.

Deutschland als Top-Standort für die Produktion von Computer- und Videospiele

Wir Freie Demokraten wollen Deutschland zu einem Top-Standort für die Produktion von Computer- und Videospiele machen. Denn Computer- und Videospiele sind mediales Abbild des digitalen Zeitalters, Kulturgut, Bildungswerkzeug und Innovationstreiber. Neben Spaß und Freizeitbeschäftigung stellen viele dieser Computerspiele auch Wissensvermittlung, Teamfähigkeiten oder den Sportgedanken in den Vordergrund. Gaming-Technologie findet heute beispielsweise als „Serious Games“ Eingang in der Aus- und Weiterbildung. Sie motivieren Lernende durch Spieltrieb und entwickeln den Ehrgeiz, Aufgaben erfolgreich zu meistern. Viele Unternehmen schaffen heute Zugang zu Wissen, beispielsweise über IT-Sicherheit oder Compliance, durch spielerische Geschichten. Deutschland ist bereits heute einer der größten Absatzmärkte für diese Spiele. Als Produktionsstandort spielt Deutschland jedoch nur eine untergeordnete Rolle und verschläft die weitere Entwicklung dieser Medienrevolution. Deshalb wollen wir, wie bei anderen Branchen auch, durch ein Venture-Capital-Gesetz und verbesserten Möglichkeiten zum Crowdfunding sowie durch die Öffnung bestehender Förderprogramme des Bundes auch für die Computer- und Videospieleindustrie die Rahmenbedingungen verbessern. Zudem wollen wir auch die Anerkennung des eSports als Sport in allen relevanten Dimensionen.